



Auftaktveranstaltung, 24.02.2010 in Frankfurt

Diskussionsrunde zum Thema Hochwasser und Starkregen

Die Diskussion drehte sich im wesentlichen um 4 Aspekte:

- *Datengrundlagen für die heutigen VRG und VBG "Vorbeugenden Hochwasserschutz":*

Die Datengrundlage reicht im Bereich der kleineren Gewässer nicht aus. Auch das Retentionskataster Hessen erfasst nicht alle Retentionsflächen.

Die praktische Umsetzung der regionalplanerischen Vorgaben, z.B. wie konsequent wird ein Bauverbot im Überschwemmungsgebiet beachtet, warf Fragen auf. Will sich ein Gewerbebetrieb vergrößern, der im Überschwemmungsgebiet sitzt, so muss dies möglich sein. Allerdings muss ein Retentionsausgleich nicht nur planerisch gefordert, sondern auch wirklich erfolgen. Dies passiert nicht immer.

- *Einführung von Klimaänderungsfaktoren für Flächendarstellung:*

Bei Berücksichtigung von Klimaänderungsfaktoren, die Zuschläge für das HQ100 bzw. HQ200 (für Rhein und Main) bedeuten würden, wären aufwändige hydraulische Berechnungen notwendig, um die "neuen" Überschwemmungsgebiete zu bestimmen. Es kam der Vorschlag, die jetzigen Grenzlinien der Überschwemmungsgebiete beizubehalten und kartografisch mittels z.B. einer Schraffur deutlich zu machen, dass weitere benachbarte Flächen durch Hochwasser betroffen sein können.

- *Hochwasserminderungsflächen ausweisen (Beispiel Sachsen):*

Die notwendigen Fachdaten können bereitgestellt werden. Die Frage war, welche Empfehlungen und Hinweise für solche Minderungsflächen regionalplanerisch getroffen werden können, so dass auch Hochwasser relevante Minderungen real eintreten können.

- *Sturzfluten:*

Die Darstellung von Risikoflächen, wo Sturzfluten entstehen können, kann in den Regionalplänen nur über Punktsignaturen erfolgen. Schwierig wäre die Darstellung von Sturzflut gefährdeten Flächen in der Ortslagen.

Man war sich einig, das Dillgebiet als "hot spot" weiter zu betrachten, da dort eine Hochwasserbrisanz zu erkennen ist.

Die für den 21.04.2010 terminierte nächste AG- Sitzung findet in Wiesbaden statt, zu der auch Vertreter von Fachbehörden ihre Teilnahme zugesagt haben.